

Unsanfte Alternative

Cipra fordert einen **Ausbaustopp in den Skigebieten**. Nützen würde das den Alpen nicht, im Gegenteil.

Ende vergangener Woche war es wieder einmal so weit: Die Skigebietsbetreiber im Alpenraum – und so auch in Südtirol – wurden als skrupellose Verbetonierer, verantwortungslose Umweltzerstörer, größenwahnsinnige Investoren dargestellt. Und die Politik als ihr Komplize. Die Alpenschutzkommission Cipra schlug Alarm gegen „großräumige Seilbahnprojekte“, gegen ein „länderübergreifendes Wettrüsten“ und eine „Strategie des ungebremsen Wachstums“. Cipra ging hart ins Gericht mit geplanten Skigebietsverbindungen, aber auch mit Skigebietsweiterungen und forderte eine Nachdenkpause inklusive Neuausrichtung des alpinen Tourismus. Die zentrale Frage, welche Cipra stellte: Wie können Unternehmer und Politik so blind ins Verderben laufen und die alpine Natur zerstören, wo der Skisport angesichts des Klimawandels doch eh dem Tod geweiht ist?

Das Bild, das von den Skigebietsbetreibern und von der Situation im Alpenraum gemalt wurde, ist ein verzerrtes. Eine pauschalierende Darstellung der Skigebietsbetreiber als kapitalistische Umweltausbeuter ist genauso falsch wie eine Darstellung der Alpen als der Zerstörung preisgegebener Naturraum. Zweifelsohne bedeutet jede wirtschaftliche Nutzung einen Eingriff in den Naturraum. Aber glücklicherweise existieren dafür Regeln, weshalb die unberührten Teile des Alpenraums nach wie vor mehr Raum einnehmen als die Skigebiete.

Abgesehen davon wären die alpinen Berggebiete ohne wirtschaftliche Nutzung längst entvölkert. Der Mensch lebt nicht von der Natur allein. Schutz ist richtig und wichtig. Aber genauso braucht jede wirtschaftliche Initiative, soll sie überleben, die Möglichkeit zur Weiterentwicklung.

Dies zum einen. Zum anderen wäre es mit der „sanften“ Nutzung der Alpen schnell vorbei, wenn all die bewegungshungrigen Menschen, die sich heute in den Skigebieten tummeln, in die freie Natur ausströmen würden. Schon heute sind die Massen an Skitourengeländern und Schneeschuhwanderern mancherorts eine Belastung für die Natur. Ist das wirklich die sanftere Alternative zum Skigebiet?

Christian Pfeifer
 christian@swz.it

1. Schon zur Kasse gebeten wurden aber anderem der US-Ausstatter von dezimieren Ideal Standard (326 Millionen Euro) und Microsoft (561 Millionen). Microsoft musste wegen Wettbewerbsverstößen in drei Verfahren insgesamt 1,9 Milliarden Dollar zahlen, Intel 1,1, 1,1 Milliarden. Da aber auch gegen europäische Unternehmen wie Siemens, Iveco oder Hoffmann-La Roche vorgegangen wurde, erregten diese Maßnahmen keinen nationalen Ärger.

Inzwischen hat der Schlagabtausch aber eine neue Dimension erreicht. Schon Ende August hat US-Finanzminister Jacob Lew recht unverblümt Vergeltungsmaßnahmen für den Fall angekündigt, dass die EU-Kommission Apple zu einer Steuernachzahlung zwingt, die Irland gar nicht will. Die Antwort nach erfolgter Entscheidung war dann die 14-Milliarden-Dollar-Strafe, die die Deutsche Bank an das amerikanische Justizministerium zahlen soll. Insofern erscheinen auch die US-Forderungen an VW wegen der Diesel-Abgasmanipulationen (15 Milliarden Dollar) oder gegen PNB Paribas wegen Verstößen gegen US-Sanktionen (9 Milliarden Dollar) in einem anderen Licht.

Die Wirtschaftssünder beiderseits des Atlantiks werden gegenseitig schon seit vielen Jahren bestraft. Die Bußgeldforderungen haben zuletzt allerdings Dimensionen erreicht, die in manchen Fällen an die Substanz gehen und den Bestand großer Unternehmen gefährden. Washington sieht es nicht ungern, wenn US-Unternehmen in Europa kaum Steuern zahlen, denn das stärkt die Amerikaner und liefert ihnen Munition im Kampf um die Vorherrschaft im digitalen Zeitalter.

Robert Weissensteiner
 robert@swz.it

